

06. Okt. 2020

LANDESHAUPTSTADT



07.09.2020

über  
Herrn Oberbürgermeister  
Gert-Uwe Mende

*über 2.10  
21.10 RSC*

über  
Magistrat

und  
Frau Stadtverordnetenvorsteherin  
Christa Gabriel

an den Ausschuss für Freizeit und Sport

Der Magistrat

Dezernat für Umwelt,  
Grünflächen und Verkehr

Stadtrat Andreas Kowol



. September 2020

**Konflikte zwischen Naturschutz und Freizeitnutzung durch neues Wegekonzept minimieren  
Beschluss-Nr. 0014 vom 18. Juni 2020 (Vorlagen-Nr. 20-F-03-0010)  
-Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 09.06.2020-**

Das Radfahren, nicht nur als Fortbewegungsmittel, sondern auch als Sport- und Freizeitbeschäftigung, wird seit Jahren immer beliebter. Das Spektrum der Mountainbiker reicht dabei vom risikobereiten Downhill-Biker bis zum ambitionierten Feierabendradler, die nicht nur auf befestigten Forstwegen den Wald für ihr Hobby nutzen.

Durch die Corona-Pandemie ist die Besucherzahl im Wald noch einmal deutlich gestiegen. Es zieht Spaziergänger, Wanderer, Familien sowie Mountainbiker vermehrt in die Natur. Während die einen Erholung und Ruhe finden möchten, suchen andere die sportliche Herausforderung. Diese unterschiedlichen Interessen kollidieren immer dann mit dem Natur- und Waldschutz, wenn sie auf illegalen Strecken abseits der ausgewiesenen Wege und Pfade verfolgt werden: Tiere werden in ihren Lebensräumen gestört und forstwirtschaftlich wichtige Waldzonen geschädigt. Nicht zuletzt steigt auch die Unfallgefahr für die Mountainbiker selbst, wie ein Fall Anfang Mai am Kellerskopf deutlich macht.

Die im Mai 2016 eröffnete und vom Verein Gravity-Pilots betreute MTB-Strecke sollte eine anspruchsvolle Trainingsmöglichkeit für diese Sportler schaffen. Die damit verbundene Hoffnung, dass sich der Nutzungsdruck auf die Tier- und Pflanzenwelt unseres Waldes durch illegal angelegte Stecken oder Fahrten abseits der Wege und Straßen verringern würde, hat sich damit leider nicht erfüllt (siehe Bericht des Magistrats zur Mountain-Bike-Strecke in Wiesbaden vom 16. Mai 2018 - SV 18-F-21-0036). Weder Kontrollen noch die wiederholte Beseitigung von illegalen Strecken durch das städtische Forstamt haben zu einer Verhaltensänderung der Mountainbiker geführt oder gar das Problem nachhaltig gelöst. Daher müssen andere Wege gefunden werden, zu einem angemessenen Ausgleich zwischen Naturschutz und Freizeitbedürfnissen zu kommen.

Die Verwalter des Geo-Naturparks Bergstraße Odenwald haben auf die Situation schon vor einigen Jahren reagiert und mit den umliegenden Kommunen ein flächendeckendes, attraktives Wegenetz erschlossen (<https://geo-naturpark.net/deutschtradfahren/radroute-mountainbike.php>).

Die Strecken für Mountainbiker sind mit unterschiedlichen Schwierigkeitsgraden und dazugehörigen Beschilderungen gekennzeichnet um den unterschiedlichen Bedürfnissen der Sporttreibenden gerecht zu werden. Bei der Planung wurden Vertreter der unterschiedlichen Interessensgruppen und Akteure mit einbezogen, um eventuell entstehende Konflikte vorbeugen zu können.

Eine gute fachliche Übersicht zum Thema bietet die Bundesplattform "Wald - Sport, Erholung, Gesundheit" (WaSEG), die sich mit ihren Empfehlungen aus dem März 2019 intensiv mit dem Interessensausgleich zwischen Waldeigentümern, des Sports und der Erholungsnutzung auseinandergesetzt hat.

(<https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/Wald/Impulse%20und%20Empfehlungen%20WaSEG.html>). Das Hessische Umweltministerium (HMUKV) hat hier als Vertreter der Bundesländer eine zentrale Rolle inne.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- 1) zu berichten, wie sich die Freizeitnutzung im Wiesbadener Wald seit Anfang 2020 darstellt (insbesondere Anzahl und Umfang der illegalen Rad- und Wanderstrecken, verursachte Schäden; Zahl der Konflikte zwischen Nutzern, Unfälle und Durchführung von Kontrollen.
- 2) gemeinsam mit den Nachbarkommunen, ggf. mit Unterstützung des HMUKLV sowie den relevanten Verwaltungs- und Interessenvertretern aus den Bereichen Sport, Naturschutz und Forsten in Wiesbaden ein Konzept für ein vielfältiges Rad- und Wanderwegenetz zu entwickeln, das sowohl den Interessen der sportlichen Waldnutzer als auch dem Wald- bzw. Naturschutz gerecht wird.
- 3) den Prozess durch geeignete Beteiligung der Öffentlichkeit zu begleiten, um ein stärkeres Problembewusstsein, eine breite Mitwirkung der Waldnutzer und eine grundlegende Akzeptanz für das zu entwickelnde Wegekonzept zu schaffen.

---

Beschluss Nr. 0014

- I. Die mündlichen Informationen von Frau Rippelbeck (Grünflächenamt) werden zur Kenntnis genommen.
- II. Der Antrag wird in folgender Form angenommen:

Der Magistrat wird gebeten,

- 1) zu berichten, wie sich die Freizeitnutzung im Wiesbadener Wald seit Anfang 2020 darstellt (insbesondere Anzahl und Umfang der illegalen Rad- und Wanderstrecken, verursachte Schäden, Zahl der Konflikte zwischen Nutzern, Unfälle und Durchführung von Kontrollen).

- 2) a) gemeinsam mit den Nachbarkommunen, ggf. mit Unterstützung des HMUKLV sowie den relevanten Verwaltungs- und Interessenvertretern aus den Bereichen Sport, Naturschutz und Forsten in Wiesbaden ein Konzept für ein vielfältiges Rad- und Wanderwegenetz zu entwickeln, das sowohl den Interessen der sportlichen Waldnutzer als auch dem Wald- bzw. Naturschutz gerecht wird.  
b) zu ermitteln, ob und wenn ja wo es bereits solche Konzepte gibt.
  - 3) den Prozess durch geeignete Beteiligung der Öffentlichkeit zu begleiten, um ein stärkeres Problembewusstsein, eine breite Mitwirkung der Waldnutzer und eine grundlegende Akzeptanz für das zu entwickelnde Wegekonzept zu schaffen.
  - 4) zu prüfen, inwiefern die Verkehrsüberwachung und die Stadtpolizei durch die gute Ausstattung mit E-Bikes, die Forstbeamten bei der Überwachung der Einhaltung der Regeln im Stadtwald unterstützen können, um den Stadtwald zu schützen.
  - 5) die Ergebnisse spätestens bis zu den Haushaltsplanberatungen 2022/23 vorzulegen.
- 

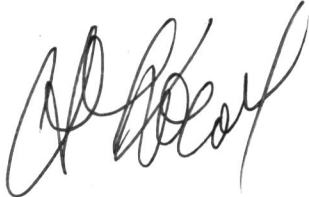
#### Berichtstext des Dezernates V:

- Zu 1) Frau Rippelbeck berichtete in der Sitzung bereits, dass sich bedingt durch die Coronapandemie deutlich mehr Menschen im Wald aufgehalten haben. Jedoch liegen keinerlei Kenntnisse über die Zunahme von Konflikten der Nutzergruppen. Unfälle wurden bei der Forstabteilung nicht gemeldet. Die Informationen kommen aus den Medien, eine Zunahme ist auch hier offenbar nicht zu verzeichnen. Kontrollen können aufgrund der vorhandenen Personalressourcen nur sporadisch und nur punktuell durchgeführt werden. Eine flächendeckende Kontrolle ist nicht möglich.
- Zu 2) Ebenfalls wurde mündlich berichtet, dass es bereits Bestrebungen gibt, gemeinsam mit dem Naturpark und betroffenen Nutzergruppen, das Wanderwegenetz als Erstes zu überarbeiten und einheitlich zu kennzeichnen. Dies geschieht auch über die Grenzen der Landeshauptstadt Wiesbaden hinaus. Hierfür wurde auch bereits eruiert, welche Best Practice Beispiele es gibt und ob diese übernommen werden können. Eine Kostenschätzung wird vermutlich bis Ende des Jahres vorliegen. In Abhängigkeit von den Vorgaben für den Haushalt 2021 wird sich zeigen, inwiefern hier erste Schritte möglich sind.
- Zu 3) Die intensive Beteiligung der Öffentlichkeit ist eine wesentliche Voraussetzung für die erfolgreiche Durchführung und Umsetzung eines Gesamtkonzeptes. Hierzu müssen allerdings die vorhandenen Personalressourcen verstärkt werden.
- Zu 4) Ungeachtet der Frage, welche Fahrzeuge zum Einsatz kommen, ist die kommunale Verkehrspolizei (KVP) des Straßenverkehrsamtes für die verkehrlichen Regelungen auf Feld-, Wald- und Wirtschaftswegen zuständig, somit auch für das verkehrliche Fehlverhalten von E-Bike-Fahrerinnen und -fahrern. Die tatsächlichen Möglichkeiten des Einsatzes sind jedoch derzeit nach dem Wegbruch von 16 Kräften durch die Entscheidung des OLG zu Leiharbeitskräften limitiert.

Die Stadtpolizei ist auch jetzt schon unterstützend für das Amt 67 tätig. Mit der Vorlage 20-V-67-0012 „Waldbrandgefahr“ wurde in einer ämterübergreifenden Arbeitsgruppe eine Unterstützung von Amt 67 bei der Kontrolle illegaler Griller im Wald vereinbart. Sofern dies im Rahmen der Gefahrenabwehr auch für die illegale Nutzung durch Mountainbiker erfolgen soll ist die Stadtpolizei für entsprechende Vereinbarungen offen.

Zu 5) Wenn die Personalressourcen verstärkt werden kann auch eine Konzeption erarbeitet werden, die mit einer entsprechenden Kostenschätzung belegt ist.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to be a stylized name, possibly 'A. K. Wolf'.